

PANORAMA

Lösung

Washington wiegelt amtlich ab. Marshall will „der Welt die Tragödie eines neuen Krieges ersparen“ und alles nur mögliche tun, um eine annehmbare Lösung der Berliner Krise zu erreichen. Die Journalisten wurden amtlich ermahnt, „ruhiger und weniger sensationell“ zu berichten. Jedoch: „Wir werden uns nicht zwingen lassen.“ Bevin sagte fast dasselbe: „England kann nicht gezwungen werden, mit Rußland über Deutschland zu verhandeln.“ Allerdings mit der Absendung der neuen Note, die nicht nur Vierer-Besprechungen über das Thema Berlin, sondern auch über „verschiedene andere deutsche Probleme“ (die Sowjets hatten eine Beschränkung auf „Fragen der Verwaltung Berlins“ abgelehnt) zugestehen wird, dürfte es noch einige Weile haben. Erst muß die neue französische Regierung gebildet sein und auch noch Zeit zum Ja-Sagen haben. Der alten Regierung letzter Streich war es gewesen, ihre fünf westlichen Brüder im Haag wieder auf den Vierer-Kurs zurückgesteuert zu haben. Und zum Langsam-Treten in Sachen deutscher Weststaat. Der alten französischen Besorgnisse zuliebe und um die kommenden Viermächte-Besprechungen nicht noch weiter vorzubelasten.

Wenn Fritz Selbmann recht behält, können ab 1. August die Westberliner in Ostberliner Läden ihre Lebensmittel einkaufen. Sogar zu erhöhten Rationen. Die SMA hat sich bereit erklärt, die Versorgung ganz Berlins zu übernehmen. Dem Angebot folgte begreifliches Mißtrauen. Der US-lizenzierte „Abend“ sprach von „Zuckerbrot“, SPD-Neumann von „potemkinschen Dörfern“, Clay, schon auf dem Sprunge zur Informationsreise nach Washington, wollte erst den Beweis erbracht wissen, und im Londoner Außenamt wurde dem sowjetischen 100 000 Tonnen Getreide-Angebot die Schuld von 75 000 Tonnen entgegeng gehalten, mit denen die Sowjets noch für Berlin rückständig seien. Erst einmal wird von einer akuten Brotknappheit im Berliner Osten berichtet. Die Engländer haben mit den Kohlenflügen ab Faßberg die Luftbrücke um einen neuen Pfeiler verstärkt.

Bekennermut

Die Ost-LDP-isten waren sehr bestürzt. Im Herbst wollten sie ihren stellvertretenden Thüringer Vorsitzenden und Landesbankpräsidenten, Dr. Alphons Gaertner, offiziell auf Wilhelm Külzens verwaisten Stuhl erheben. Gaertner hatte zögernd auch schon zugestanden, Parteivorsitzender zu werden. Die SMA war einverstanden. Da ging Dr. Gaertner außer Landes. Nach Westen. Er habe für sich keine Chance mehr gesehen, verkündete er aus dem Exil, eine selbständige Politik gegen den totalitären Kurs der SED führen zu können. Gleichzeitig legte der Weimarer LDP-Oberbürgermeister Dr. Hempel sein Amt nieder und ging der CDU-Abgeordnete Otto Broetling über die Grenze. Nicht von dannen ging Arthur Lieutenant, der der-

zeitige LDP-Verweser. Er ließ seinen Zentralvorstand beschließen: „Die SED hat den Boden der Blockpolitik verlassen“. Und drohte mit dem Verzicht auf die weitere Mitarbeit im Volksrat, im Volkskongreß und in den Blockausschüssen. Den Anlaß zu dieser seit langem gärenden Auseinandersetzung hatte Grotewohls SED-Vorstands-Rede gegeben, in der dieser die dominierende Rolle der SED bei der Verwirklichung des ostzonalen Wirtschaftsplans beansprucht hatte. Die erste Antwort hatte damals Brandenburgs LDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Schneider gegeben: „Wir sind nicht gewillt, an die Stelle des Nationalsozialismus eine neue Diktatur treten zu lassen“. Auch CDU-Ex-Kaiser zollte Beifall.

Treuhand

Wie es weltüblich und allgemeiner Brauch geworden ist, haben die Delegierten der vier Großen, die gemeinsam die früheren italienischen Kolonien bereisten, sorgsam getrennte Berichte abgeliefert. Die Engländer und Amerikaner für sich und die Russen und Franzosen gesondert. Nur in einem sind sie sich einig: Am liebsten würden die Einwohner Erythras und Somalilands — nur über diese wurde öffentlich berichtet — eine Viermächte-Treuhanderschaft sehen. In Erythraa erlebte die Kommission ein Kuriosum. Die Parteien

gaben an, zusammen 1 789 834 Mitglieder zu haben. Erythraa hat einschließlich der Säuglinge 1 062 000 Einwohner. — Nur über eine der italienischen Ex-Kolonien ist schon entschieden. Rhodos lebt seit Jahresfrist unter griechischer Flagge, wenn auch die endgültige Uebergabe erst am 28. Oktober erfolgt. Vorsorglich haben dieser Tage schon 1100 Italiener die Insel verlassen. Weinend hinter Gittern am Hafen sahen ihnen ihre Frauen nach.

Gleichberechtigt

Die CDU- und BDV-Abgeordneten der Bremer Bürgerschaft machten nicht mehr mit. Sie zogen aus. Trotzdem ging das Ausführungsgesetz zu Artikel 47 der Verfassung in zweiter Lesung durch. Mit einer ganzen Stimme Mehrheit. Schon der Volksentscheid über Artikel 47, der die Gleichberechtigung der Betriebsräte auch in wirtschaftlichen Fragen sichert, hatte 100 708 Nein-Stimmen gegenüber 109 430 Ja-Stimmen gesehen. Laut Ausführungsgesetz ist der Arbeitgeber verpflichtet, „dem Betriebsrat die Handels- und Steuerbilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung vorzulegen. — Der Betriebsrat hat das Recht, in alle Geschäftsunterlagen des Betriebes, insbesondere in die Handelsbücher, die Korrespondenz und die abgeschlossenen Verträge Einsicht zu nehmen“. Bei AGs sollen „die Gewerkschaften die Befugnis



Gitter-Tränen: Abschied von Rhodos — Heimkehr nach Italien